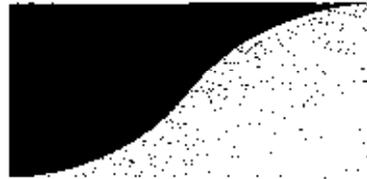


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppa n d



## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, sieht die Genfer Gespräche in der Sackgasse: Europäer müssen initiativ werden. Seite 1

Klaus Kirschner MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung, bewertet den Umgang der Bundesregierung mit der Arbeitslosigkeit: Groteske Realitäts-Blindheit. Seite 3

Dokumentation  
Der rheinland-pfälzische SPD-Bundestagsabgeordnete Hugo Collet hat in einem Schreiben an den Mainzer Ministerpräsidenten, Bernhard Vogel, die Forderung nach einem zehnten Pflichtschuljahr auf dem Hintergrund der Jugendarbeitslosigkeit aktualisiert. Seite 4

40. Jahrgang / 133

17. Juli 1985

Genf in der Sackgasse

Rüstung hat Vorrang vor Rüstungskontrolle

Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Was im Januar unter großen Erwartungen begonnen hat, ist gestern sang- und klanglos unterbrochen worden: die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum sowie eine Begrenzung der Atomraketen längerer Reichweite und der Atomraketen mittlerer Reichweite. Wenn die Verhandlungen - vielleicht im September - wieder aufgenommen werden, wird es wahrscheinlich in dem gleichen Trott weitergehen, während sich die Rüstungsdynamik gleichzeitig beschleunigt.

Es sind vor allem zwei Gründe für den lähmenden Stillstand, der über das übliche langatmige Tauziehen hinausgeht, bei dem sich üblicherweise weder die Sowjetunion noch die USA etwas "vorzeitig" zugestehen:

- Die Verhandlungen wurden von Anfang an von der amerikanischen Seite dazu benützt, damit die internationale Legitimation für die Weltraumrüstung zu erhalten. Im Januar hieß es noch, das SDI-Programm hätte die Verhandlungen erst möglich gemacht. Tatsache ist, daß dieses Programm die Verhandlungen blockiert;

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
by Hermann Schmidt  
Kerling-Press



- sowohl die Sowjetunion als auch die USA führen die Verhandlungen in einer Weise, die der bestehenden beziehungsweise der geplanten Rüstung Vorrang vor den Notwendigkeiten der Rüstungskontrolle geben. Solange sich diese Prioritäten nicht ändern, sind keine konstruktiven Ergebnisse zu erwarten.

Die europäischen Staaten sind bei all dem nur Zuschauer, obwohl die Verhandlungen die europäischen Interessen in zentraler Weise berühren. Wenn sie den Verhandlungsverlauf beeinflussen wollen, müssen sie in der Zukunft aus der Position des Appellierens und Abwartens heraus. Sie müssen eigene Vorschläge machen, die es den Verhandlungsteilnehmern erschweren, den weiteren Gang zu verschleppen.

Diese Vorschläge müssen vor allem den Vorrang von Rüstungskontrolle vor Rüstungsschritten enthalten. Es scheint aber, daß die europäischen Staaten gerade dabei sind, in genau diesen Fehler der Supermächte zu verfallen: die jüngsten Bemühungen um eine Europäische Verteidigungsinitiative analog zur Strategischen Verteidigungsinitiative, um Systeme einer europäischen Raketenabwehr zu entwickeln, sind ebenfalls Ausdruck des Vorrangs von Rüstung vor Rüstungskontrolle.

Notwendig sind stattdessen Bemühungen um einen Abbau beziehungsweise eine Beseitigung atomarer Raketenysteme in Europa - statt deren Existenz hinzunehmen und eine Raketenabwehr entgegenzusetzen. An sichtbaren Initiativen der westeuropäischen Regierungen zum Abbau von Euro-Raketen mangelt es aber bisher. Solange dies aber nicht als Priorität begriffen wird, bleiben auch die westeuropäischen Staaten in einem Kreislauf, der alle überfordert und die Waffenrisiken erhöht. (-/17.7.1985/rs/ks)

+ + +



## Groteske Realitäts-Blindheit

## Zum Umgang der Bundesregierung mit der Arbeitslosigkeit

Von Klaus Kirschner MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Ist es nur Unverfrorenheit oder einfach politische Ignoranz? Da werden von Monat zu Monat von der Bundesanstalt für Arbeit neue Arbeitslosenrekorde gemeldet und die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute prognostizieren fast unisono für die nächsten Jahre keine Besserung. Die Zahl der Pleiten treibt immer neuen Rekordhöhen zu. Allein im ersten Halbjahr 1985 sind die Firmenzusammenbrüche gegenüber dem Vorjahr um über 15 Prozent angestiegen. Und was tut die Bundesregierung des "wirtschaftlichen Aufschwungs und der geistig-moralischen Erneuerung"? Sie propagiert weiterhin Optimismus und versucht die Öffentlichkeit und die Bevölkerung mit wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Alibi-Entscheidungen ohne nennenswerte Wirkung zu besänftigen.

Weit schlimmer noch. In geradezu grotesker Realitätsblindheit versucht sie vielmehr noch die beschäftigungspolitische Verantwortung auf andere abzuschieben. Kurzum - sie sucht Schuldige für ihr eigenes Versagen. Da wird den Arbeitslosen von Bundeswirtschaftsminister Bangemann mangelnde Mobilität und Bildungsbereitschaft (oder vielleicht gar Faulheit?) unterstellt, vom FDP-Generalsekretär Haussmann und Bundeskanzler Kohl die beschäftigungspolitische Verantwortung den Tarifvertragsparteien zugeschoben (Kohl: "Beschäftigungspolitik ist keine staatliche Veranstaltung") oder es werden gar die amtlichen Erwerbslosen-Zahlen einfach angezweifelt (Kohl).

Was den letzten Punkt angeht, ist dem Bundeskanzler anzuraten, sich in größerer Zurückhaltung zu üben. Schließlich war es gerade seine Regierung, die durch Leistungskürzungen bei der Arbeitsförderung die sogenannte "Stille Reserve" der nicht registrierten Arbeitslosen anschwellen ließ und damit die amtliche Statistik entlastet hat. So wurde zum Beispiel im Jahre 1981 die "Stille Reserve" vom "Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" (wissenschaftliches Institut der Bundesanstalt für Arbeit) auf circa 850.000 geschätzt. Die Schätzungen für 1984 liegen bei inzwischen 1,35 Millionen nicht registrierten Erwerbslosen. Zusammen mit der amtlichen Zahl sind gegenwärtig also rund 3,5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ohne Beschäftigung.

Der Anteil der "Stillen Reserve" an der Gesamtarbeitslosenzahl beträgt dabei 40 Prozent. Dazu ein Vergleich: In den Krisenjahren 1932/33 betrug dieser Anteil bei einer Gesamtarbeitslosenzahl von 7,5 Millionen (davon fünf Millionen Registrierte) nur rund 30 Prozent.

Mehr als die Hälfte aus der "Stillen Reserve" setzt sich nach im Jahre 1982 vorgenommenen Schätzungen aus Jugendlichen unter 25 Jahren oder aus Personen im Alter von 55 bis 65 Jahren zusammen. Bei den Jugendlichen ist dabei jeder zweite unter 20 Jahren. Sie sind meist Berufsanfänger oder haben geringe Vermittlungsaussichten. Der Personenkreis im Alter von 55 bis 65 Jahren hat aufgrund auslaufender Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und ebenfalls geringer Vermittlungsaussichten die Hoffnung aufgegeben und sich beim Arbeitsamt abgemeldet.

Für die Betroffenen ist das schlimm, materiell und psychologisch. Die "Stille Reserve" bleibt ganz ohne finanzielle Unterstützung durch das Arbeitsamt, ebenso ergeht es weiteren rund 900.000 Erwerbslosen aus der amtlichen Statistik. Knapp 600.000 arbeitslose Personen erhalten nur die niedrigere Arbeitslosenhilfe (durchschnittlich 750 DM) und nur rund 850.000 erhalten Arbeitslosengeld (durchschnittlich 940 DM). Bundesarbeitsminister Blüm mußte in diesem Zusammenhang erst vor wenigen Tagen zugeben, daß die Dauerarbeitslosigkeit weiter anstieg, da bei der in der Regel erst nach einem Jahr Erwerbslosigkeit zu zahlenden Arbeitslosenhilfe für 1986 ein weiterer Anstieg um rund 100.000 Empfänger zu befürchten sei. Das Verhältnis zwischen den Beziehern von Arbeitslosengeld und den Empfängern von Arbeitslosenhilfe ist inzwischen auf 55 zu 45 geschrumpft. In den 70er Jahren hat es noch bei 90 zu zehn zugunsten der Arbeitslosengeld-Bezieher gelegen.

(-/17.7.1985/rs/ks)

+ + +

## DOKUMENTATION

## Hugo Collet: 10. Pflichtschuljahr in Rheinland-Pfalz einführen

Der rheinland-pfälzische SPD-Bundestagsabgeordnete Hugo Collet hat in einem Schreiben an den Mainzer Ministerpräsidenten, Bernhard Vogel, die Forderung nach einem zehnten Pflichtschuljahr auf dem Hintergrund der Jugendarbeitslosigkeit aktualisiert. Wir veröffentlichen den Brief im Wortlaut.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Lehrstellenmangel und die Jugendarbeitslosigkeit veranlassen mich, eine alte Forderung der SPD-Landtagsfraktion - Rheinland-Pfalz und des Deutschen Gewerkschaftsbundes / Rheinland-Pfalz erneut aufzugreifen - nämlich die Forderung nach Einführung eines zehnten Pflichtschuljahres auch in Rheinland-Pfalz.

Wenn ich mich heute melde - obwohl mich diese Frage in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt hat, so wurde ich angestossen im letzten "Bericht aus Bonn" mit Ernst Dieter Lueg und dem Kommentar von Jochen Bäuml über Jugendarbeitslosigkeit und fehlende Lehrstellen.

In der gegenwärtigen Situation hätte die Einführung eines zehnten Schuljahres ab dem Sommer 1986 folgende Vorteile:

1. 47 Prozent eines Schuljahrganges kämen nicht aus der Schule, würden also keine Lehrstelle oder, falls sie nicht lernen wollen, keinen Arbeitsplatz als ungelernete Arbeitnehmer suchen.  
Bei meiner oben genannten Prozentzahl gehe ich davon aus, daß die anderen 53 Prozent des gleichen Jahrganges als Realschüler, Gymnasiasten oder als Besucher von Fachschulen sowieso länger zur Schule gehen.
2. Fast alle erfolglosen Lehrstellenbewerber dieses Jahres und ein Teil der Arbeit suchenden Jugendlichen würden 1986 wegen der viel kleiner gewordenen Konkurrenz eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz finden.
3. Die oben genannten 47 Prozent eines Jahrganges würden auf Dauer zunächst den Lehrstellen- und dann den Arbeitsmarkt entlasten, weil auch alle Jahrgänge nach ihnen ein Jahr später auf den Lehrstellen- und Arbeitsmarkt drängen.
4. Eine nicht unbedeutende Zahl von jungen Lehrern erhielte die Chance, als Pädagogen tätig zu sein, während sie jetzt arbeitslos sind beziehungsweise in irgendeinem Job einem anderen Arbeitslosen den Arbeitsplatz wegnehmen. Dies wäre billiger als die Zahlung von Arbeitslosengeld.
5. Wenn man weiter berücksichtigt, daß cirka dreieinhalb Jahre später - je nach Dauer der Lehrzeit - die Zahl der dann arbeitssuchenden Ausgebildeten viel geringer ist als in anderen Jahren, erkennt man eine erneute Entlastung des Arbeitsmarktes.

Nun kenne ich zwar all die Argumente hinsichtlich der Schulmüdigkeit eines Teils der Betroffenen, die nun noch ein Jahr länger in die Schule gehen sollen, aber was bedeutet dies gegenüber der Entlassung ins Nichts oder - in Einzelfällen - in die Alkohol- und Drogenszene.

Ich bin zwar kein Bildungspolitiker, aber ich bin sicher, daß dieses eine Jahr nicht einfach eine Fortsetzung der Ausbildung in den bisher erlernten Fächern sein muß.

Als Politiker weiß ich, daß der Großteil dieser Schüler nichts oder nur wenig weiß über das recht im Alltag, über private Versicherungen, über gesetzliche Kranken- und Rentenversicherungen, über Steuern, über das Funktionieren der Gesellschaft. Außerdem wären sicherlich ein paar in der Schule erlernte handwerkliche Fähigkeiten nützlich fürs Leben.

Ich wäre Ihnen daher sehr dankbar, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wenn Sie unabhängig von Entscheidungen in der Vergangenheit und unabhängig davon, welche Partei oder Fraktion in der Vergangenheit erfolglos Anträge in der gleichen Richtung gestellt hat, im Interesse der Jugendlichen und im Interesse unserer gesellschaftlichen Entwicklung unvoreingenommen die Prüfung dieses Vorschlages in Betracht ziehen wollten.

Hochachtungsvoll  
gez. Hugo Collet

Kontaktperson  
mit dem Namen  
Reinhold-Palmer



(-/17.7.1985/rs/ks)